



Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 2018/71 Haushaltssatzung und Stellenplan 2019 Schaffung einer Stellenreserve

Datum: 19.11.2018

Beratungsfolge	Sitzung	öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Regionalverkehr	21.11.18	öffentlich
Verbandsausschuss	29.11.18	nicht öffentlich
Verbandsversammlung	06.12.18	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung möge beschließen:

1. Der Haushaltsplan 2019 wird in den Personalaufwendungen um 120.500 Euro erhöht und beschlossen.
2. Der Stellenplan 2019 wird um zwei Stellen (1 TVÖD 11, 1 TVÖD 12) als Stellenreserve in der Abteilung 2 - Regionalverkehr - ergänzt und beschlossen.
3. unverändert

Begründung:

Mit der Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes zum 1.1.2017 steigen die Zuwendungen des Landes deutlich an. Wie auf Seite 94 des Haushaltsplans 2019 (Entwurf) zu sehen ist, sind die Erträge für Zuwendungen und allgemeine Umlagen von 2017 bis 2019 um 15,2 Mio. Euro angewachsen. Ein weiterer Sprung um rund 6,5 Mio. Euro ist zum Haushalt 2020 vorgesehen. Hiermit verbunden steigt auch der Aufwand, diese Mittel sachgerecht und ordnungsgemäß zu verausgaben. Zudem wurde die Finanzierung der rabattierten

Schülerverkehre gegenüber den Verkehrsunternehmen vom Land auf die kommunale Ebene übertragen (vgl. § 7a NNVG). Eine Reihe zusätzlicher Verträge für Regionalbahn- und Busleistungen wurden seit 2017 geschlossen, weitere werden folgen. Zu allen Verträgen müssen Rechenschaftsberichte und Abrechnungen geprüft bzw. gegenüber dem Land Niedersachsen die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel nachgewiesen werden.

Im Bereich Regionalverkehr stehen darüber hinaus zusätzliche Themen auf der Agenda: Die Einnahmeaufteilung wird neu geregelt und soll ab 2020 die Altregelung ablösen, ein neues Tarifsysteem soll erarbeitet werden (der Regionalverband trägt das Einnahmerisiko bei den SPNV-Verträgen!) und die Gestaltung sowie Finanzierung der Busverkehre in den Teilnetzen muss zukunftssicher gemacht werden. Außerdem müssen zusätzliche Projekte wie beispielsweise die Einführung eines verbandweit gültigen kostengünstigen Schülertickets vom Regionalverband personell begleitet werden. Der sich hieraus ergebende zusätzliche Personalbedarf wurde auch bereits in der Ergänzungsvorlage 2018/44-E1 von der Verbandsverwaltung gesehen und sollte geprüft werden.

Bündnis 90/Die Grünen sieht nicht, dass insbesondere diese Aufgaben bei stetig steigenden Erträgen, einer zunehmenden Anzahl von Verträgen sowie der Bearbeitung der zusätzlich wichtigen Aufgaben mit einer gleichbleibenden Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewährleistet werden kann. Darüber hinaus hat der Regionalverband die Aufgabe der verkehrsträgerübergreifenden Verkehrsentwicklungsplanung per Gesetz über den Regionalverband „Großraum Braunschweig“ zugewiesen bekommen. Im Entwurf des von der Verwaltung vorgelegten Zukunftskonzeptes/Arbeitsprogramms (Entwurf) verbunden mit dem dazu durchgeführten Workshop am 23.10.2018 wurde herausgestellt, dass die damit verbundenen Aufgaben mit dem derzeitig vorgesehenen Stellentableau nicht hinreichend bedient werden können. Insbesondere besteht die Erwartung an die Verwaltung, neben dem ÖPNV nun auch die Themenfelder motorisierter Individualverkehr (MIV), Rad- und Güterverkehr umfassend zu bearbeiten und damit einhergehend das regionale Verkehrsmodell weiter zu entwickeln und neu aufzustellen.

Wir bitten deshalb um die Aufnahme von zwei Stellen als Stellenreserve, um kurzfristig unterjährig ohne Nachtragshaushalt handlungsfähig zu sein.

Im Haushaltsplan sind zusätzliche Mittel in Höhe von 120.500 Euro (Berechnungsgrundlage: 1 X TVÖD 11, Stufe 3, und 1X TVÖD 12, Stufe 3, Arbeitgeberbrutto) für Personalkosten einzustellen.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

Gez.
Dr. Frank Schröter
Fraktionsvorsitzender